

# Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)  
 Mit der 14 tägig erscheinenden Beilage „Der rote Stern“ und den Beilagen „Die Tribüne“, „Die Kommunistin“, „Der Junqprolet“, „Die rote Sichel“.  
 Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Hermsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrenn, Weisklein.

**Anzeigenpreis:** Die 10 getragene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Gold-  
 pfennig, Stellen- und Wohnungsangebote, Familien-  
 nachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Goldpfennige. — **Reklamepreis:** Die Millimeterzeile 30 Pfennig oder deren Raum im Teil 50 Goldpfennig.

Sonnabend, 23. August 1924

**Abonnamentspreis:** Bei wöchentlich 8 maligem Erscheinen monatlich 2,25 Br.  
 wöchentlich 50 Pf. Einzelne durch Straenbl. u. Kiste 10 Pf.  
 Redaktion und Druckerei Breslau, Trebner Straße 50. — Postfachkonto  
 Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau Ring 8937.

## Wir sind auf zwölf Tage verboten!

Der Ober-Präsident.

Breslau, den 22. August 1924

O. P. J. P. 1131

Auf Grund des § 21 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 und des § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924, verbiete ich die Schlesische Arbeiter-Zeitung auf die Dauer von 12 Tagen und zwar vom 23. August bis 3. September 1924 einschließlich.

Durch den Inhalt des in Nr. 110 Jahrgangs 6 dieser Zeitung abgedruckten Artikels: „Reichsbanner schwarz-rot-sch . . .“ ist der Tatbestand des § 8 Ziffer 2 des Republiksschutzgesetzes und durch den Inhalt der in Nr. 113 des 6. Jahrgangs dieser Zeitung abgedruckten Artikel: „Die Sozialisierung als Kampfaufgabe des Tages“ und „Die Kommunisten beim Reichskanzler“ ist der Tatbestand des § 2 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 bzw. der Tatbestand des § 8 Ziffer 1 des Gesetzes zum Schutze der Republik gegeben. Ich erblicke eine Beschimpfung der Reichsfarben in dem Satze: „Reichsbanner Schwarz-rot-sch. . .“; ferner eine Aufforderung zur gesetzwidrigen Aenderung der verfassungsmäßigen Staatsform in dem Satz, welcher beginnt: „Eine solche Herrschaft . . .“ und endigt: . . . an ihre Stelle setzen.“

Endlich erblicke ich eine Verleumdung und Beschimpfung der Mitglieder der Reichsregierung in dem Satze, welcher beginnt: „Die kommunistische Partei hat“ . . . und endigt . . . „zu mobilisieren“. Gegen dieses Verbot ist binnen 2 Wochen vom Tage der Zustellung ab die Beschwerde zulässig. Sollte von dem Beschwerderecht Gebrauch gemacht werden, so empfiehlt es sich, zur Beschleunigung der Angelegenheit die Beschwerdeschrift mir in 6-facher Ausfertigung einzureichen.

J. B.  
 gez. Wesemann.

An den

Verlag der Schlesischen Arb.-Ztg.

Breslau

